

## URGENT ACTION

# STUDIERENDE FREILASSEN!

## TÜRKEI

UA-Nr: **UA-002/2021-1** AI-Index: **EUR 44/3758/2021** Datum: **1. März 2021** – ak

### PROTESTIERENDE STUDENT\_INNEN

**36 Personen – überwiegend Studierende – befinden sich in Untersuchungshaft bzw. Hausarrest, weil sie an friedlichen Protesten infolge der Ernennung von Professor Melih Bulu zum Rektor der Bosphorus-Universität in Istanbul am 1. Januar 2021 teilgenommen haben. Neun von ihnen sind in Untersuchungshaft; 27 weitere stehen unter Hausarrest. Sie haben lediglich ihr Recht auf friedliche Versammlung wahrgenommen und müssen deshalb umgehend und bedingungslos freigelassen werden.**

Das Çağlayan-Gericht im Istanbul Stadtteil Sisli hat Untersuchungshaft gegen zwei Studierende der Bosphorus-Universität angeordnet, nachdem sie friedlich an einer Demonstration teilgenommen hatten. 14 weitere Personen wurden unter Hausarrest gestellt. Die beiden Studierenden wurden am 30. Januar 2021 im Zusammenhang mit einer Kunstaussstellung auf dem Campus der Bosphorus-Universität wegen vermeintlicher „Aufstachelung der Öffentlichkeit zu Feindschaft und Hass“ in Gewahrsam genommen. Gegen sieben weitere Personen – überwiegend Studierende – wurde zwischen dem 5. und 8. Februar durch das Anadolu-Gericht im Stadtteil Kartal in Untersuchungshaft angeordnet, weil sie im Stadtteil Kadıköy an friedlichen Protesten zur Unterstützung der Demonstrierenden der Bosphorus-Universität teilgenommen hatten. Zudem wurden weitere 13 Personen unter Hausarrest gestellt.

Die Gerichte entzogen den Personen ihre Freiheit, weil sie an den überwiegend friedlichen Protesten teilgenommen haben, die anlässlich der Ernennung von Professor Melih Bulu zum Rektor der Bosphorus-Universität stattgefunden hatten. Nach Angaben des Innenministers wurden seit Beginn der Proteste am 4. Januar in der gesamten Türkei mehr als 800 Demonstrierende in Polizeigewahrsam genommen, weil sie ihre Rechte auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben. Hunderte wurden gerichtlich verfügte Einschränkungen unterzogen. Die Polizei ging mit unnötiger und übermäßiger Gewalt gegen die Demonstrierenden vor; mehrere Festgenommene sollen misshandelt worden sein.

Amnesty International vertritt die Ansicht, dass die unfairen Gerichtsentscheide zur Untersuchungshaft und zum Hausarrest das Recht der Demonstrant\_innen auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung verletzen.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 1. Januar 2021 ernannte Präsident Erdoğan den AKP-nahen Professor Melih Bulu zum Rektor der Bosphorus-Universität (Boğaziçi Üniversitesi) in Istanbul. Die Ernennung des regierungstreuen Professors löste weitreichende Proteste von Studierenden und wissenschaftlichen Angestellten der Universität aus. Darüber hinaus fanden in mindestens 38 Provinzen des Landes friedliche Protestaktionen statt – diesen begegnete die Polizei mit unnötiger und übermäßiger Gewalt, um die Demonstrationen aufzulösen und Teilnehmende festzunehmen. Am 21. Februar gab der Innenminister bekannt, dass es 806 Festnahmen gegeben habe. Elf Personen wurden in Untersuchungshaft genommen, wobei zwei von ihnen nach fünf Tagen wieder freigelassen wurden. 27 Personen wurden unter Hausarrest gestellt. Hunderten wurden gerichtlich verfügte Einschränkungen auferlegt, darunter Reiseverbote und die Pflicht, sich regelmäßig auf einer Polizeistation zu melden.

Am 1. Februar gab Erdoğan's Kommunikationsdirektor Fahrettin Altun in den Sozialen Medien bekannt, dass Rektor Melih Bulu dem LGBTI+-Club der Bosphorus-Universität den „Kandidatenstatus“ entziehen würde. Diese Entscheidung führte zur Schließung der seit Jahren aktiven Gruppe – mit der Begründung, dass zwei strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet worden seien, die den LGBTI+-Club betreffen. Eines der Verfahren richtete sich gegen zwei Studierende, denen wegen eines Kunstwerks „Aufstachelung zu Hass und Feindschaft“ vorgeworfen wurde. Das Kunstwerk zeigte die mythische Figur des Shahmaran auf einem Bild der heiligen Stätte Kaaba mit

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Regenbogenflaggen an den vier Ecken des Bildes. Es war bei einer Kunstaussstellung ausgestellt worden, an der der LGBTI+-Club nicht beteiligt war. Die andere strafrechtliche Untersuchung unter dem Vorwurf der „Propaganda für eine terroristische Gruppierung“ basierte auf einem Buch, das bei einer polizeilichen Durchsuchung im Büro des LGBTI+-Clubs gefunden worden sein soll. Die Durchsuchung hatte in Abwesenheit von Vertreter\_innen des LGBTI+-Clubs stattgefunden. Mehrere hochrangige Beamt\_innen äußerten sich im Zusammenhang mit zahlreichen Posts gegen das Kunstwerk in den Sozialen Medien homofeindlich über LGBTI+-Studierende. Die Tweets des Innenministers, in denen er LGBTI+ als „LGBT-Perverse“ bezeichnete, wurden von Twitter zweimal gesperrt, weil sie gegen die Regeln der Plattform verstießen.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Stellen Sie alle strafrechtlichen Ermittlungen gegen Demonstrant\_innen ein, die friedlich ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlung wahrgenommen haben.
- Fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung all derjenigen, deren Freiheit nur deshalb durch Untersuchungshaft oder Hausarrest eingeschränkt wird, weil sie friedlich ihre Menschenrechte ausgeübt haben.
- Leiten Sie umgehend umfassende, unabhängige und unparteiische Ermittlungen zu allen Vorwürfen der Anwendung von rechtswidriger Gewalt und Misshandlung ein und stellen Sie die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

#### **GENERALSTAATSANWALT**

Mr Şaban Yılmaz  
Çağlayan Meydanı, Şişli Merkez Mah.  
Abide-i Hürriyet Cad. No: 223, Şişli  
İstanbul, TÜRKİE

(Anrede: Dear Mr Yılmaz / Sehr geehrter Herr Yılmaz)

**Fax: (00 90) 212 3757148** oder **(00 90) 212 3757585**

**E-Mail: [istanbulcbs@adalet.gov.tr](mailto:istanbulcbs@adalet.gov.tr)**

#### **KOPIEN AN**

#### **BOTSCHAFT DER REPUBLIK TÜRKİE**

S. E. Herrn Ali Kemal Aydın  
Tiergartenstr. 19-21  
10785 Berlin

**Fax: 030-275 909 15**

**E-Mail: [botschaft.berlin@mfa.gov.tr](mailto:botschaft.berlin@mfa.gov.tr)**

#### **GENERALSTAATSANWALT**

Mr İsmail Uçar  
Esentepe Mah. E-5 Güney Yan Yol Cad. No:39, Kartal  
İstanbul, TÜRKİE

(Anrede: Dear Mr Uçar / Sehr geehrter Herr Uçar)

**Fax: (00 90) 216 3033827**

**E-Mail: [info@adalet.gov.tr](mailto:info@adalet.gov.tr) oder [istanbulanadolucbs@adalet.gov.tr](mailto:istanbulanadolucbs@adalet.gov.tr)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Türkisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **23. April 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-002/2021**: EUR 44/3501/2021, 13. Januar 2021.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- Drop all criminal investigations against all protestors for peacefully exercising their rights to freedom of expression and peaceful assembly.
- Request the immediate and unconditional release of all those deprived of their liberty solely for peacefully exercising their human rights, either in pre-trial detention or house arrest.
- Launch prompt, thorough independent and impartial investigations into all allegations of use of unlawful force and ill-treatment and bring those responsible to justice in fair trials.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



### **HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG**

Am 26. Februar wurde eine Anklageschrift im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Kunstaussstellung auf dem Campus angenommen. Sie richtet sich gegen sieben Studierende und wirft ihnen gemäß Paragraf 216/1 des türkischen Strafgesetzbuches „Aufstachelung zu Hass und Feindschaft“ vor. Zwei der sieben Angeklagten sind die Studierenden, die bereits am 30. Januar in Untersuchungshaft genommen wurden.

Nach türkischem Recht sowie laut der Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Türkei als Vertragsstaat angehört, darf das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht willkürlich eingeschränkt werden. Niemand darf wegen der Wahrnehmung dieser Rechte festgenommen werden.

